



Pressemeldung

## Ein modernes Berufsbildungsgesetz – jetzt!

DGB Jugend Südwürttemberg und IG Metall Jugend Friedrichshafen-Oberschwaben fordern gute Ausbildungsbedingungen in den Betrieben

Friedrichshafen, 24. April 2019

- Gewerkschaftsjugend diskutiert mit dem Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen (CDU) zur modernen Berufsausbildung
- Geplante Änderungen im Berufsbildungsgesetz (BBiG) greifen zu kurz und führen zu keinen Verbesserungen für Auszubildende
- Dual Studierende sollen in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden

**24.04.2019 Unter dem Motto „BBiG besser machen!“ hatte die DGB Jugend Südwürttemberg gemeinsam mit der IG Metall Jugend in Friedrichshafen zu einer Diskussionsrunde mit dem Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Bodensee Lothar Riebsamen (CDU) eingeladen. Grund hierfür ist die gerade laufende Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes. Dieses regelt die Ausbildungsbedingungen von über 500.000 Auszubildenden in Deutschland und ist damit von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaftsjugend.**

Die Regierungsparteien aus CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, das neue Berufsbildungsgesetz noch in diesem Jahr zu beschließen. Laut den Gewerkschaftsjungen unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) greifen die geplanten Änderungen viel zu kurz und blenden wichtige Aspekte einfach aus. Dies nahm die örtliche Gewerkschaftsjugend zum Anlass, die Bundestagsabgeordneten der demokratischen Parteien aus der Region zu einer Diskussionsrunde einzuladen und sie mit den Anforderungen an ein modernes Berufsbildungsgesetz zu konfrontieren.

Lothar Riebsamen, Bundestagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Bodensee, stellte sich den Fragen der Gewerkschaftsjugend. Viele Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter von regionalen Unternehmen wie der ZF Friedrichshafen AG, Borg-Warner, Diehl Controls und der MTU Friedrichshafen schilderten ihre täglichen Erlebnisse aus dem betrieblichen Alltag und konfrontierten den Abgeordneten mit ihren Erfahrungen.

Lothar Riebsamen, eigentlich Mitglied im Gesundheitsausschuss, betrachtet nach der konstruktiven Diskussion und dem neu gewonnenen Einblick in den betrieblichen Alltag der Auszubildenden vor allem die Forderung nach der Aufnahme von dual Studierenden in den Geltungsbereich des BBiG als berechtigt und nachvollziehbar. Auch wenn es einige inhaltliche Meinungsverschiedenheiten gab, zum Beispiel bei der geforderten Mindestausbildungsvergütung, wird sich Riebsamen in der Landesgruppe der CDU Baden-Württemberg sowie in der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag für einen Großteil der Forderungen der Gewerkschaftsjugend einsetzen.

Die Forderung nach gesetzlichen Regelungen für dual Studierende ist der Gewerkschaftsjugend besonders wichtig: „Dual Studierende benötigen endlich einen rechtlichen Rahmen für den praktischen Teil ihrer Ausbildung im Betrieb“, stellt Fabian Fink, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben, klar. „Duale Studienmodelle bewegen sich oft im rechtsfreien Raum. Das hat zur Folge, dass dual Studierende ihre Ausbildungsmittel häufig selbst finanzieren oder hohe Fahrtkosten tragen müssen. So bildet man keine Fachkräfte der Zukunft aus!“, erklärt Fink weiter. Die Anzahl der dual Studierenden hat sich laut Statistiken des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in



den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Für mehr als die Hälfte dieser zukünftigen Fachkräfte finde der betriebliche Teil ihrer Ausbildung aufgrund der fehlenden Regelung im BBiG ohne rechtlichen Rahmen statt. Statt Praxiserfahrung im Betrieb zu sammeln, seien sie viel zu häufig als billige Arbeitskräfte im Betrieb eingesetzt. Daher solle das Ministerium sie endlich in den Geltungsbereich des BBiG mit aufnehmen. Der Referentenentwurf lasse dieses wichtige Zukunftsthema bisher unbeachtet. Auch Riessmann räumt ein: „Obwohl mein Sohn ein duales Studium gemacht hat, war mir diese Problemlage gar nicht so bewusst.“

Auch mit der geplanten Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ist die Gewerkschaftsjugend nicht zufrieden. Das Bundesministerium plant die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 504 € im ersten Ausbildungsjahr. Diese orientiert sich am Schüler-BAföG. Laut Gewerkschaftsjugend führe dies zu einer Verschlechterung für viele junge Menschen in den Betrieben. Laut aktueller Rechtsprechung müsse eine angemessene Ausbildungsvergütung mindestens 80% der branchenüblichen tariflichen Ausbildungsvergütung betragen. Diese Regelung sei durch die geplante Gesetzesänderung in Gefahr und würde die größte finanzielle Umverteilung in der beruflichen Bildung, die es je gegeben habe, zu Ungunsten der Auszubildenden einleiten.

Eine weitere Gefahr für zukunftssichere Ausbildungsplätze sehen die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der geplanten Auflockerung des Durchstiegs bei Stufenausbildungen: „Künftig sollen Auszubildende in vielen Bereichen nach erfolgreichem Ablegen der Abschlussprüfung Teil 1 bereits einen zweijährigen Berufsabschluss erwerben.“, sagt Hygert Doci, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung der MTU Friedrichshafen. „Dadurch werden wir erpressbar, unsere Ausbildung frühzeitig abzubrechen: Wenn der Arbeitgeber zu uns kommt und sagt, er kann mich jetzt mit dem zweijährigen Berufsabschluss übernehmen, nächstes Jahr sieht es vermutlich schlecht aus – wie würden sich die meisten wohl entscheiden? Den Arbeitgeber spart das natürlich Geld, denn wer nur eine zweijährige Ausbildung vorzuweisen hat, verdient meist weniger und hat schlechtere Weiterbildungsmöglichkeiten. Gerade vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Transformation der Arbeitswelt ist eine gute, dreijährige Ausbildung unverzichtbar!“, ergänzt Bartu Bekar, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der ZF Friedrichshafen AG.

Die Gewerkschaftsjugend werde nun weitere Gespräche mit den politisch Verantwortlichen suchen und Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen. Das duale System der Berufsausbildung müsse modernisiert und auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des Strukturwandels vorbereitet werden. Dieser Aufgabe werde sich die DGB Jugend gemeinsam mit der IG Metall Jugend und den anderen Mitgliedsgewerkschaften im DGB stellen.

Im Januar hatte das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Referentenentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung (Berufsbildungsmodernisierungsgesetz – BBiMoG) vorgelegt. Die geplanten Änderungen im Berufsbildungsgesetz greifen laut der Gewerkschaftsjugend viel zu kurz und gehen an der betrieblichen Realität und den tatsächlichen Problemen der Auszubildenden und dual Studierenden vorbei.

## Kontakt für Rückfragen

**Fabian Fink**  
IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben  
Adresse: Riedleparkstraße 13, 88045 Friedrichshafen  
E-Mail: [fabian.fink@igmetall.de](mailto:fabian.fink@igmetall.de)

oder:

**Lisa Wellmann**  
DGB Bezirk Baden-Württemberg  
Adresse: Weinhof 23, 89073 Ulm  
E-Mail: [lisa.wellmann@dgb.de](mailto:lisa.wellmann@dgb.de)



## Infos zur IG Metall Jugend

Die IG Metall Jugend ist die Jugendorganisation der deutschen Gewerkschaft IG Metall und mit rund 232.000 Mitgliedern unter 27 Jahren der größte politische Jugendverband in Deutschland.